

## Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 28.2/01.3.

(Stand: 01.03., 15:30 Uhr)

### Inhalt:

1. Aktuelle Informationen /Deutschland.....	2
2. EU-Sanktionsbeschlüsse – drittes Sanktionspaket (Entwicklung seit dem letzten Update vom 28.2.).....	5
3. Deutschland -Sanktionen.....	10
4. Russland-Gegensanktionen.....	11
5. Sanktionen der USA.....	13
6. Sanktionen weiterer Länder.....	14
7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung) .....	15
8. Hilfsaktionen.....	25

## 1. Aktuelle Informationen /Deutschland

### OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie ab sofort auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Zur aktuellen Entwicklung hat der Ost-Ausschuss am Dienstagmittag ein neues Statement veröffentlicht.

### Statement des Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Oliver Hermes zur Situation in der Ukraine und Russland

„Wir sollten die Dinge klar beim Namen nennen: Es geht aktuell weniger um die Sanktionen und deren Folgen, sondern um die Frage, ob wir mit Russland in Zukunft noch im nennenswerten Umfang wirtschaftliche Beziehungen haben werden oder nicht. Je schneller die russische Regierung diesen Krieg stoppt, desto mehr ist von diesen Beziehungen noch zu retten. Es steht außerhalb jeder Diskussion, dass die deutsche Wirtschaft die verfügbaren Sanktionen mitträgt.

Das wichtigste ist jetzt aber die Sicherheit und das Leben der Menschen in der Ukraine. Darunter sind auch viele Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutscher Unternehmen. Uns haben in diesen Tagen viele Hilfsangebote von Mitgliedsunternehmen erreicht. Es gibt eine große Spendenbereitschaft, den Willen, Flüchtlinge aufzunehmen und zu beschäftigen, und auch schon erste Hilfstransporte. Wir arbeiten hier eng mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum, der AHK in der Ukraine und dem DIHK zusammen und rufen zu Spenden auf.

Unsere Sorge gilt aber auch den deutschen Unternehmen in Russland, die durch diesen Krieg womöglich gezwungen sind, ihre Produktion einzustellen und viele tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlassen. Der Ost-Ausschuss hat sich immer als Brückenbauer gesehen, der zur politischen und gesellschaftlichen Verständigung und Aussöhnung beiträgt. Die Erfolge dieser Arbeit werden heute durch das Vorgehen der russischen Regierung massiv in Frage gestellt. Wir appellieren daher auch an unsere vielen russischen Freunde und Partner: Nehmen Sie Einfluss auf die Regierung und helfen Sie mit, diesen Krieg zu beenden.“  
[Das Wichtigste ist jetzt die Sicherheit und das Leben der Menschen in der Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

### Auswärtiges Amt:

#### Reise- und Sicherheitswarnung für die Russische Föderation

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/russischefoederation-node/russischefoederationsicherheit/201536>

Zwischenzeitlich haben wir im Kontakt mit dem AA erfahren, dass die Krisenstufe 2a für die Auslandsvertretungen in Russland festgelegt wurde. „Aufgrund der Lageentwicklung der letzten Tage (Militäroperation RUS in der angrenzenden UKR, dadurch bedingte Sperrung

des Luftraumes für RUS und erschwerte Ausreisemöglichkeiten) wird in Ansprache mit der Botschaft und den Generalkonsulaten die Krisenstufe 2 a festgesetzt.“ Krisenstufe 2a bedeutet, dass die Angehörigen freiwillig ausreisen können. Das AA hat uns den Hinweis gegeben, dass die Flugmöglichkeiten für ausreisewillige Familienangehörige zurzeit eingeschränkt wohl nur über Istanbul gegeben seien. Die Auslandsvertretungen betreuen und beraten deutsche Staatsbürger vor Ort entsprechend.

**GTAI-Bericht mit ergänzenden Informationen zu verbliebenen Flugmöglichkeiten zur Reise- und Sicherheitswarnung des AA:**

<https://www.gtai.de/gtai-de/trade/russland/wirtschaftsumfeld1/bundesregierung-raet-deutschen-buergern-von-reisen-nach-russland-ab-805830>

**Briefings**

Auswärtiges Amt und Bundeswirtschaftsministerium haben für den 2. März zu einem Briefing eingeladen:

**Informationsaustausch mit der deutschen Wirtschaft  
zur aktuellen Lage bzgl. Russland und der Ukraine  
am 2. März 2022, 11:30 - 13:00 Uhr  
Virtuell über Webex**

Bitte melden Sie sich bis 1. März, 12 Uhr, unter [402-S@diplo.de](mailto:402-S@diplo.de); oder Tel. (030) 18 17 – 3583 zum Gespräch an. Sie erhalten dann die Einwahldaten.

Auch der Ost-Ausschuss bietet in dieser Woche ein Briefing zusammen mit dem Auswärtigen Amt an:

Die Sitzung unter Leitung von Mario Mehren, Vorstandsvorsitzender der Wintershall Dea AG und Länderkreissprecher Russland sowie Philipp Sweets, Geschäftsführer der HHLA International GmbH und Länderkreissprecher Ukraine, findet im Online-Format am **Donnerstag, den 3. März 2022, von 11:30 bis 12:30 Uhr (MEZ)** statt.

Wir würden uns sehr über Ihre Teilnahme freuen und bitten um eine Rückmeldung unter diesem [LINK](#) und dem allgemeinen Code RU\_UKR2022.

Eine E-Mail mit den entsprechenden Einwahldaten erhalten alle angemeldeten Teilnehmer rechtzeitig vor der Sitzung.

Für Rückfragen zu diesem Briefing steht Ihnen Dr. Christiane Schuchart, T: 030 206167 123, E-Mail: [C.Schuchart@oa-ev.de](mailto:C.Schuchart@oa-ev.de) und Stefan Kägebein T: 030 206167 113, E-Mail: [S.Kaegebein@oa-ev.de](mailto:S.Kaegebein@oa-ev.de) jederzeit gern zur Verfügung.

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte im Ost-Ausschuss an:  
Alena Akulich, [a.akulich@oa-ev.de](mailto:a.akulich@oa-ev.de), Tel: 030-206167129.

## **DHL verschickt keine Express-Sendungen mehr nach Russland**

Bonn (dpa) - Der Logistikriese Deutsche Post DHL verschickt bis auf Weiteres keine Express-Sendungen und kein Frachtgut mehr nach Russland. Grund sei die Sperrung des Luftraums, sagte ein DHL-Sprecher am Dienstag in Bonn. Auch Sendungen nach Belarus sind betroffen. Für die Ukraine hatte DHL den Transport schon vorher wegen des dortigen Krieges ausgesetzt. Konkurrent UPS hat diesen Schritt ebenfalls vollzogen. Express-Sendungen spielen vor allem für Firmen eine Rolle, wenn Ersatzteile oder Dokumente schnell ans Ziel kommen sollen.

Briefe, Pakete und Päckchen, die in Deutschland bei der Post aufgegeben werden, sollen aber weiter in die beiden Staaten transportiert werden - dies geschieht im Rahmen internationaler Verpflichtungen des Weltpostvereins, in dem auch die Deutsche Post Mitglied ist. Die Post aus Deutschland kommt künftig aber nur über den Landweg nach Russland und in die Ukraine.

## 2. EU-Sanktionsbeschlüsse – drittes Sanktionspaket (Entwicklung seit dem letzten Update vom 28.2.)

Die EU hat weitere Dokumente zu ihrem dritten Sanktionspaket gegen Russland veröffentlicht.

### **Personensanktionen:**

Die EU sanktioniert 26 weitere Russen, darunter viele namhafte Unternehmer, einige Politiker, Journalisten, Kulturschaffende und Militärs. Die Namensliste finden Sie in diesem Dokument.

[Publications Office \(europa.eu\)](https://publications.office.europa.eu)

Unter anderen gelistet wurden die Unternehmer Igor Setschin, Nikolaj Tokarew, Alisher Usmanow, Petr Aven, Michail Fridman, Sergej Roldugin, Alexander Ponomarenko, Modest Kolerow, Gennadij Timtschenko, Alexej Mordaschow, Petr Fradkow und das Unternehmen Sogaz. Auch Kreml-Sprecher Dmitry Peskow steht auf der Liste.

Insbesondere Alexej Mordaschow ist in Deutschland stark engagiert (u.a. Beteiligung an Tui). Er ist auch bislang auf russischer Seite Sprecher der Deutsch-Russischen Strategischen Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Finanzen. Von Mordaschow und Fridman gibt es Aussagen, in denen Sie sich gegen den Krieg aussprechen und die Sanktionen bedauern.

[Russlands Oligarchen: Alexej Mordaschow, Michail Fridman und Petr Aven sehen sich zu Unrecht am Pranger - manager magazin \(manager-magazin.de\)](#)

Zu der Maßnahme erklärte die EU:

„Im Rahmen dieser Bemühungen haben wir uns verpflichtet, Sanktionen und andere Finanz- und Vollstreckungsmaßnahmen gegen weitere russische Beamte und der russischen Regierung nahestehende Eliten sowie deren Familienangehörige und Erfüllungsgehilfen zu ergreifen, um deren Vermögenswerte in unserem Hoheitsgebiet zu ermitteln und einzufrieren. Wir werden auch andere Regierungen einbeziehen und daran arbeiten, die Bewegung von unrechtmäßig erworbenen Gewinnen aufzudecken und zu unterbrechen und diesen Personen die Möglichkeit zu nehmen, ihr Vermögen in anderen Ländern der Welt zu verstecken.“

Das Handelsblatt bietet Abonnenten eine Übersicht über alle sanktionierten Personen:

[Diese 15 Oligarchen & Milliardäre sanktioniert der Westen \(handelsblatt.com\)](#)

## **SWIFT:**

Wie gestern bereits berichtet, haben sich die Verbündeten auf Maßnahmen gegen die russische Zentralbank und die russische Luftfahrt sowie den Ausschluss ungefähr 70 Prozent des Marktes russischer Banken aus SWIFT geeinigt. Die Bankenliste reichen wir nach, noch liegen dazu keine Veröffentlichungen vor. Bekannt ist, dass einige wenige russische Banken, die für den Rohstoffsektor wichtig sind, aus den Sanktionen ausgenommen werden sollen. Dabei soll es sich unter anderem um die Gazprom-Bank handeln.

## **Weitere EU-Sanktionen gegen Belarus:**

Die EU hat weitere Sanktionen gegen Belarus mit folgenden Hinweisen angekündigt: „Lukaschenkos Regime ist mitschuldig an diesem bössartigen Angriff auf die Ukraine. Deshalb werden wir Lukaschenkos Regime mit einem neuen Paket von Sanktionen treffen. Wir werden restriktive Maßnahmen gegen seine wichtigsten Sektoren einführen. So werden wir die Ausfuhr von Produkten wie mineralischen Brennstoffen, Tabak, Holz, Zement, Eisen und Stahl stoppen. Wir werden auch die Ausfuhrbeschränkungen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck, die wir für Russland eingeführt haben, auf Belarus ausdehnen. Damit wird auch die Gefahr einer Umgehung unserer Maßnahmen gegen Russland vermieden. Darüber hinaus werden wir diejenigen Weißrussen sanktionieren, die die russischen Kriegsanstrengungen unterstützen.

Das neue Sanktionspaket deckt wichtige Sektoren ab und stoppt die belarussischen Exporte von mineralischen Brennstoffen, Tabak, Holz, Zement, Eisen und Stahl. Darüber hinaus werden die Ausfuhrbeschränkungen, die die EU für Güter mit doppeltem Verwendungszweck für Russland eingeführt hat, auf Belarus ausgedehnt. Schließlich werden weitere Personen aus Belarus in die Sanktionslisten aufgenommen. Wir werden Sie über die neuesten Entwicklungen und veröffentlichten offiziellen Texte auf dem Laufenden halten.

## **Einschätzung von Business Europe zum dritten Sanktionspaket**

EU, die USA, das Vereinigte Königreich und andere haben sich darauf geeinigt, wichtige russische Banken aus dem SWIFT-System auszuschließen (weitere Informationen werden in Kürze erwartet) sowie die Transaktionen der russischen Zentralbank zu verbieten und ihre Vermögenswerte einzufrieren. Darüber hinaus werden die Vermögenswerte weiterer Personen, die dem russischen Regime nahe stehen, ins Visier genommen. Dazu gehören mehrere Vorstandsvorsitzende russischer Unternehmen, Journalisten, Mitglieder der Regierung und der Streitkräfte.

Darüber hinaus sperrte die EU ihren Luftraum für russische Flugzeuge und verbot die staatlichen Medien Russia Today und Sputnik sowie deren Tochtergesellschaften. Die EU-Sanktionen richten sich auch gegen Weißrussland wegen dessen Rolle im Krieg gegen die Ukraine.

Linkliste der aktuellen EU- Dokumente:

Gemeinsame Erklärung der EU und ihrer Verbündeten:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT\\_22\\_1423](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_22_1423).

EU-Pressemitteilung:

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/02/28/russia-s-military-aggression-against-ukraine-council-imposes-sanctions-on-26-persons-and-one-entity/>

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2022/02/27/>

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT\\_22\\_1441](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_22_1441)

Ausführungsbestimmungen:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:055:TOC> (including the decision to provide macro-financial assistance to Ukraine)

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:057:TOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:058:TOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:059:TOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:060:TOC> (on assistance under the European Peace Facility)

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:061:TOC> (on assistance under the European Peace Facility)

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:C:2022:093I:TOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:C:2022:098:TOC>

**Analysen/Bewertungen zu den EU/US-Sanktionen:**

Raiffeisen Research:

Russia/Ukraine Watch. Spiral of violence & sanction escalation turning rapidly (Auszüge in deutscher Arbeitsübersetzung)

Die massiven westlichen Wirtschaftssanktionen werden einen erheblichen Druck

Druck auf die lokalen Finanzmärkte in Russland ausüben und zu erheblichen Wert- und Vermögensverlusten führen, trotz der am Wochenende von der russischen Regierung angekündigten mildernden Maßnahmen.

Wohl etwas überraschend für Russland einigten sich der Westen und vor allem die EU am Wochenende auf eine umfassende Sanktionierung der russischen Zentralbank (CBR) geeinigt. Dieser Schritt ist notwendig, weil die Zentralbank die sanktionierten russischen Banken aktiv unterstützt. Der Zentralbank wird der Zugang zu ihren Reserven verwehrt (Einfrieren von Vermögenswerten). Selektive Ausnahmen sind nur möglich, um die finanzielle Stabilität der EU und/oder einzelner Mitgliedsstaaten zu erhalten. Dieser Schritt, der wahrscheinlich nicht erwartet wurde, könnte Russlands Zugang zu 50-60% seiner Devisenreserven (die in der westlichen Welt gehalten werden) blockieren.

Dies ist ein erkennbarer Schritt zur Beseitigung der "Festung Russland"-Strategie - die zynische Vorbereitung einer Aggression in der Ukraine auf wirtschaftlichem Gebiet Sphäre. Dieser Schritt kann von Russland als „Wirtschaftskrieg“ interpretiert werden und birgt daher durchaus weitere Eskalations-/Gegensanktionsrisiken. Mit den umfassenden CBR-Sanktionen steht Russland nun in einer Gruppe von Ländern wie Iran, Afghanistan, Myanmar.

Sicherlich weniger überraschend (auch für Russland) haben die EU und die westlichen Partner vereinbart, wichtige und bereits sanktionierte russische Banken aus dem SWIFT System auszuschließen.

- Die Sberbank Europe oder vielmehr wichtige Netzwerkbanken der Sberbank sind mit Liquiditätsabflüssen konfrontiert und stehen daher unter starker aufsichtsrechtlicher Beobachtung.

Der ESRB hat nun ein Zahlungsmoratorium verhängt. Die europäischen Aufsichtsbehörden stehen in mit den zuständigen nationalen Aufsichtsbehörden außerhalb der EU in Kontakt.

- BP kündigte am Wochenende an, seine mit Russland verbundenen Aktien/Vermögenswerte an Rosneft zu verkaufen (ein Schritt, der Folgen in der Größenordnung von 25 Mrd. USD haben könnte). Wir halten dies für ein öffentlich sichtbares Zeichen dafür, dass ein vollständiges Überdenken des Russland-Geschäfts notwendig ist. Ohne einen Kurswechsel in Russland und eine Veränderung im Staatsapparat von innen heraus, wird es keine normalen und breit angelegten (Wirtschafts-)Beziehungen zu Russland mehr geben.

- Der größte westliche Investor und Staatsfonds der Welt, der Norwegische Ölreservfonds, kündigte am Sonntag an, dass er nicht mehr in Russland investieren und sich vollständig aus dem russischen Markt zurückziehen werde. Dies ist insofern von Bedeutung, als es sich ein weltweit führendes Unternehmen für verantwortungsvolle Investitionen ist.

Eine Rückkehr zur Normalität im wirtschaftlichen Bereich wird nicht möglich sein ohne



unwahrscheinliche Regierungswechsel in Russland. Dies bedeutet, dass es in den kommenden Tagen/Wochen zu einer Rückkehr zu den wirtschaftlichen Beziehungen aus der Zeit des Kalten Krieges oder auf ein noch niedrigeres Niveau zurückkehren. Ohne Änderungen im "Putin-Russland" – müssen Geschäftsstrategien, die auf den russischen Inlands- und Massenmarkt abzielen, in Frage gestellt werden. Es wird möglicherweise weiterhin opportunistische Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und dem Westen mit Eigeninteresse für beide Seiten geben. Aber tiefe wirtschaftliche Beziehungen - basierend auf Vertrauen - sind nicht mehr denkbar.

#### European Council on Foreign-Relations (ECFR – Thinktank)

- Die G7-Sanktionen gegen die russische Zentralbank, nicht die SWIFT-Sanktionen, sind der eigentliche Hammer, und sie zeigen Wirkung: Die russische Zentralbank könnte selbst nach der Verdoppelung der Zinssätze und der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen Schwierigkeiten haben, die massive Inflation und Panik zu bekämpfen.
- Die SWIFT-Sanktionen haben den Druck kurzfristig erhöht und ein wichtiges politisches Signal gesendet.
- Europa bereitet sich auf einen langfristigen Wirtschaftskrieg vor: Die Entscheidung Deutschlands für die Sanktionen der Zentralbank bedeutet, dass es nun eine mögliche russische Energieabschaltung einkalkuliert - ein wichtiger Schritt von Berlin.
- Der Westen könnte den Druck noch weiter erhöhen: Ein Gas- und Ölembargo wäre ein weiterer großer Hammer, aber beide Seiten des Atlantiks (nicht nur Europa) zögern zu Recht angesichts der Konsequenzen. Auch die Kürzung von Handelsvorteilen (Wegfall der Meistbegünstigung) wäre denkbar. Außerdem könnten die wirklich harten Sanktionen auf noch mehr Banken und Oligarchen angewendet werden.

Für weitere Analysen:

Alle anderen ECFR-Studien zum russischen Angriff auf die Ukraine finden Sie hier:

[Russia attacks Ukraine – European Council on Foreign Relations \(ecfr.eu\)](https://ecfr.eu/analysis/2022/03/22/russia-attacks-ukraine/)

Das Journalisten-Netzwerk Correctiv bietet einen aktuellen Sanktions-Tracker an:

[Sanktionstracker – Aktuelle Sanktionen gegen Russland \(correctiv.org\)](https://www.correctiv.org/sanktionstracker/)

### 3. Deutschland - Sanktionen

#### Scholz: Weitere Sanktionen möglich

**Bundeskanzler Olaf Scholz** (SPD) hat vom russischen Präsidenten Wladimir Putin erneut einen sofortigen Stopp des Angriffs auf die Ukraine verlangt. Er fordere ihn auf, »unverzüglich alle Kampfhandlungen einzustellen, die russischen Truppen nach Russland abzuziehen und zum Dialog zurückzukehren«, sagte Scholz am Dienstag nach einem Gespräch mit Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel. »Das Blutvergießen muss ein Ende haben. Wladimir Putin vergeht sich am ukrainischen Volk.« Scholz kündigte an, den bereits beschlossenen Sanktionspaketen würden weitere hinzugefügt. [Olaf Scholz erwartet weitere Eskalation im Ukraine-Konflikt: »Ganz, ganz dramatische Zeit« - DER SPIEGEL](#)

Die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig kündigte an, die für den Bau der Gasleitung gegründete und vor allem vom russischen Staatskonzern Gazprom finanzierte **Stiftung Klima- und Umweltschutz MV** auflösen zu wollen. „Ich habe den Vorstand der Stiftung gebeten, die Arbeit der Stiftung ruhen zu lassen und im Rahmen der engen rechtlichen Möglichkeiten eine Auflösung der Stiftung auf den Weg zu bringen“, schrieb die SPD-Politikerin auf Twitter.

Deutschland fordert die vorzeitige Schließung der von Deutschland unterstützten Ausstellung „Diversity United“ in Moskau: Die Tretjakow-Galerie bereite die notwendigen Unterlagen hierfür vor. Bundespräsident Steinmeier habe die Schirmherrschaft über die Ausstellung gekündigt.

## 4. Russland-Gegensanktionen

Präsident Putin hat gestern ein Dekret „über besondere wirtschaftliche Maßnahmen im Zusammenhang mit unfreundlichen Handlungen des Westens“ unterzeichnet. Kerninhalte:

- Auf im Ausland eröffnete Konten darf kein Geld mehr überwiesen werden
- Kontrolle über den Verkauf von Deviseneinnahmen durch Exporteure
- Verbot für russische Personen für den Transfer von Devisen ins Ausland
- Verbot für die Vergabe von Fremdwährungskrediten an Gebietsfremde,
- Verbot für Russen, Geld auf ausländischen Konten gutzuschreiben

Gemäß dem Dekret müssen russische Exportunternehmen 80 Prozent ihrer im Ausland erzielten Erträge in Rubel umtauschen. Weiterhin ist es in Russland ansässigen Personen – sogenannten Steuer-Residenten – ab heute verboten, Devisen ins Ausland zu überweisen. Auch können keine Kredite in Fremdwährung an Ausländer vergeben werden. Laut russischen Medien sei dies erst der Anfang – im Raum steht u. a. ein Verbot der Auszahlung von Dividenden und Anleihezinsen an ausländische Investoren.

Erläuterungen: Im veröffentlichten Dokument heißt es konkret: „Ein Verbot der Durchführung von Devisengeschäften im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Devisen durch Gebietsansässige zugunsten von Gebietsfremden im Rahmen von Darlehensverträgen“ - eine solche Formulierung ist auf der Website des Kreml angegeben. Wie aus einer regierungsnahen Quelle erklärt wird, bedeutet diese Formulierung nicht, dass es Unternehmen verboten wird, ihre Schulden gegenüber ausländischen Gegenparteien zu begleichen – es geht lediglich darum, die Kreditvergabe von Gebietsansässigen an Gebietsfremde zu blockieren. Tatsächlich besteht der Zweck dieser Maßnahme darin, den Abzug von Kapital in Offshore- und andere Jurisdiktionen durch Darlehensverträge zu verbieten, sagte eine regierungsnahen Quelle.

Unterdessen erreichen uns Berichte von Unternehmen, dass Überweisungen in Devisen (Euro, US\$, Yen, Schweizer Franken) von und nach Russland nicht mehr funktionieren.

Das Dokument wurde online veröffentlicht, der Link funktioniert allerdings offenbar nur eingeschränkt:

**Указ Президента Российской Федерации от 28.02.2022 № 79 "О применении специальных экономических мер в связи с недружественными действиями Соединенных Штатов Америки и примкнувших к ним иностранных государств и международных организаций"**

<http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202202280049>

Berichte in der russischen Presse zu den Sanktionen:

**Путин подписал указ о специальных мерах для борьбы с санкциями**

<https://ria.ru/20220228/ukaz-1775643033.html>

### **Путин подписал указ об ответе на санкции**

[https://www.rbc.ru/politics/28/02/2022/621cecc89a79478c36273570?utm\\_source=yxnews&utm\\_medium=desktop](https://www.rbc.ru/politics/28/02/2022/621cecc89a79478c36273570?utm_source=yxnews&utm_medium=desktop)

### **Путин подписал указ о применении спецмер в экономике из-за санкций Запада**

[https://tass.ru/ekonomika/13901875?utm\\_source=yxnews&utm\\_medium=desktop](https://tass.ru/ekonomika/13901875?utm_source=yxnews&utm_medium=desktop)

## **Meldungen aus/über Russland:**

Der Bargeldumlauf in Russland ist am vergangenen Freitag um die Rekordsumme von 1,39 Billionen Rubel gestiegen, wie aus den Statistiken der Zentralbank hervorgeht. Dies ist ein Rekordwert. Zum Vergleich: Auf dem Höhepunkt der Krise 2014, nach einer damals drastischen Anhebung des Leitzinses auf 17 Prozent, stieg der Bargeldumlauf auf maximal 490,6 Milliarden Rubel. Vielerorts stehen Menschen, die in der postsowjetischen Ära mehr als eine Währungskrise erlebten, vor Banken und Geldautomaten Schlange, um Bargeld abzuheben. [Quelle \(RU\)](#)

Die Aktienmärkte in Russland stürzten Ende letzter Woche ab – die westlichen Sanktionen zeigen harte Auswirkungen. Angesichts der Lage werde an der Moskauer Börse bis zum 5. März weder morgens noch abends gehandelt, wie die russische Zentralbank gestern Abend mitteilte. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Handel am 1. März nur auf den Devisen- und Geldmärkten abzuhalten: Sie werden um 10 Uhr Moskauer Zeit eröffnet und dauern bis 19 Uhr Moskauer Zeit an. Man werde die Zweckmäßigkeit der Eröffnung des Handels auf anderen Märkten in Abhängigkeit von der Entwicklung der Situation bewerten, hieß es in der Mitteilung. [Quelle \(RU\)](#)

### **Russischer Wirtschaft droht Einbruch um 20 Prozent**

Russlands Bruttoinlandsprodukt könnte im laufenden Quartal um bis zu ein Fünftel sinken, heißt es in einer Prognose der US-Großbank JPMorgan. Die Inflationsrate könnte auf zehn Prozent steigen.

Der russischen Wirtschaft steht laut Ökonomen wegen der westlichen Sanktionen ein Einbruch bevor. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im zweiten Quartal um 20 Prozent fallen, geht aus einer Analyse der US-Großbank JPMorgan hervor. Für das Gesamtjahr 2022 wird mit einem Minus von 3,5 Prozent gerechnet. Die Inflationsrate dürfte am Jahresende bei mindestens zehn Prozent liegen.

„Sollten diese neuen Sanktionen umgesetzt werden, wären die Auswirkungen auf die russische Wirtschaft gravierend«, sagte JPMorgan-Ökonom Jahangir Aziz. In konjunkturell schwierigen Zeiten seien die hohen Devisenreserven der Zentralbank und der Überschuss in der Leistungsbilanz die beiden stützenden Säulen gewesen. »Jetzt nicht mehr.«

Der Ökonom geht auch davon aus, dass das Wachstumspotenzial sinkt – von 1,75 auf etwa 1,0 Prozent. Die zunehmende politische und wirtschaftliche Isolation werde noch auf Jahre

hinaus bremsen. Der Ausschluss ausgewählter russischer Banken vom internationalen Zahlungsnetzwerk Swift und das Einfrieren der Devisenreserven der Zentralbank verschärfen auch der Commerzbank zufolge den wirtschaftlichen Schmerz für Russland.

Russland wird nicht nur durch die Finanzsanktionen, sondern auch durch die am Freitag beschlossenen Exportbeschränkungen getroffen«, sagte Chefvolkswirt Jörg Krämer. Diese gelten unter anderem für Ausrüstungen von Ölraffinerien, Flugzeugteile und Halbleiter. »Da die Beschränkungen auf Hightech-Exporte abzielen, dürften sie der Wirtschaft Russlands langfristig beträchtlich schaden, auch weil sie die ökonomische Entwicklung jenseits des Energiesektors behindern«, sagte Krämer.

Russische Ölexportfirmen hätte Probleme beim Ölverkauf. Ihre Partner hätten die Einkäufe zurückgefahren. Eine panische Stimmung verbreite sich angesichts der Absicht der USA und ihrer Verbündeten, RUS von SWIFT abzukoppeln. SHELL habe seinen Ausstieg aus dem Joint Venture mit Gasprom gemeldet, zu dem u.a. Sachalin 2 und NS 2 gehörten. Das russische Industrieministerium diskutiere Maßnahmen zur Unterstützung der russischen Autoindustrie, nachdem Daimler seine Zusammenarbeit mit Kamaz abgebrochen habe und Volvo und VW ihre Autos nicht mehr nach Russland lieferten.

Erste russische Oligarchen kritisieren den Krieg gegen die Ukraine.  
[Russland: Oligarchen kritisieren Putin wegen Ukraine-Krieg - WELT](#)  
[President Putin, please stop this war | Evening Standard](#)

## 5. Sanktionen der USA

Das US-Finanzministerium hat am Montag die Details zu den Beschränkungen für Geschäfte mit der russischen Zentralbank veröffentlicht. Die neuen Maßnahmen spiegeln die Schritte der EU wider. Auch der Russian Direct Investment Fund (RDIF) und dessen CEO Kirill Dmitriev wurden mit Sanktionen belegt.

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0612>  
<https://www.state.gov/additional-measures-against-the-russian-financial-system/>

Die USA haben zudem zwölf Mitarbeiter der russischen UN-Vertretung in New York ausgewiesen. Die Personen müssen bis zum 7. März das Land verlassen.

## 6. Sanktionen weiterer Länder

### Großbritannien

Auf dieser Seite finden Sie eine Gesamtübersicht der bisherigen Russland-Sanktionen Londons:

[Russia sanctions: guidance - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/publications/russia-sanctions-guidance)

Einzelne Maßnahmen seit vergangener Woche:

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

[https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/1057799/Notice\\_Russia\\_280222.pdf](https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1057799/Notice_Russia_280222.pdf)

### Schweiz

Hier die Information zur Übernahme von EU-Sanktionen durch die Schweiz:

[Switzerland adopts EU sanctions against Russia \(admin.ch\)](https://www.admin.ch/gov/de/press releases/2022/01/22010)

## 7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Agenturen:

Die russische Invasion in die Ukraine hat erste Auswirkungen auf die Produktion der tschechischen Volkswagen-Tochter Skoda. Man kämpfe mit einem „kritischen Mangel“ an Teilelieferungen von mehreren Zulieferern in der Ukraine, teilte das Unternehmen am Dienstag in Mlada Boleslav mit. Betroffen seien mehrere Modelle des Autobauers. Man sei gezwungen gewesen, mit Beginn dieser Woche die Herstellung des Elektroautos Skoda Enyaq iV einzuschränken. Skoda arbeite intensiv daran, nach alternativen Lieferquellen zu suchen.

-----

Agenturen:

Der Betreiber der russischen Pipeline NordStream 2 mit Sitz im Schweizer Kanton Zug hat alle 140 Mitarbeiter entlassen. Das sagte der Schweizer Wirtschaftsminister Guy Parmlin im Westschweizer Radio RTS. Das Unternehmen habe für diesen Dienstag (1. März) um ein Treffen mit Vertretern der Kantonsbehörden gebeten, hieß es. Der Schritt sei eine Reaktion auf die Entscheidung der deutschen Bundesregierung, das Genehmigungsverfahren für die umstrittene Gaspipeline auszusetzen. Zudem hatten auch die USA in der vergangenen Woche Sanktionen gegen die Nord Stream 2 AG verhängt und damit weitere Geschäfte mit dem Unternehmen untersagt. Der Schritt könnte darauf hindeuten, dass die Muttergesellschaft Gazprom vorerst nicht mehr mit einer Inbetriebnahme der Pipeline rechnet.

Nord Stream 2 ist eine Tochtergesellschaft des russischen Gaskonzerns Gazprom und hat ihren Hauptsitz in steuergünstigen Zug gut 30 Kilometer südlich von Zürich. Die durch die Ostsee verlegte und fertig gestellte Pipeline sollte russisches Gas nach Deutschland bringen.

-----

Spiegel:

[Sanktionen gegen Russland: Finanzkrieg gegen Wladimir Putin - DER SPIEGEL](#) (Auszüge)

Die Strafmaßnahmen der EU umfassen im Wesentlichen drei Komponenten:

- Das Einfrieren des russischen Devisenschatzes, den die Zentralbank des Landes verwaltet.
- Den Ausschluss einiger Banken aus dem Swift-Informationssystem, und Sanktionen gegen Oligarchen.

Die Reserven der russischen Zentralbank von rund 630 Milliarden Dollar per Ende Januar setzen sich aus Vermögenswerten und Einlagen in den wichtigsten Währungen der Welt – also Dollar, Euro, Pfund Sterling und Yuan sowie fast 2300 Tonnen Gold – zusammen. Das Geld könnte eigentlich helfen, den Absturz des Rubels aufzuhalten und die Banken des Landes vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Etwa die Hälfte der 630 Milliarden Dollar hat die Zentralbank in Wertpapiere anderer Staaten investiert, meist Anleihen guter Bonität. Die könnte sie rasch am Kapitalmarkt verkaufen. Die Zentralbank veräußert die ausländische Anleihe, erhält im Gegenzug Euro oder Dollar und kauft damit heimische Rubel auf, deren Wert steigt.

Am Montag teilte aber das amerikanische Finanzministerium mit, die russische Zentralbank, den Staatsfonds und das Finanzministerium von allen Handelsaktivitäten auszuschließen.

Ebenfalls problematisch für die Russen ist der zweite Teil ihrer Reserven, den die Zentralbank in Form von Bargeld und Einlagen hält, etwa 152 Milliarden Dollar. Die Einlagen hat sie zumeist bei westlichen Zentralbanken oder der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) geparkt. Doch auch sie haben die Konten jetzt eingefroren. Allerdings hatte die russische Zentralbank zuletzt viel Geld aus dem Ausland abgezogen.

Weitere 14 Prozent ihrer Reserven hielten die Russen in chinesischen Yuan oder in Vermögenswerten, die auf Yuan lauten. Mit denen könnte Russland Importe zahlen, aber nur wenige Länder akzeptieren Yuan oder Renminbi

Dem Jahresbericht des World Gold Councils zufolge lagert die Gesamtheit der russischen Goldbarren im Wert von 130 Milliarden Dollar in Tresoren innerhalb der Russischen Föderation. Das erschwert es der Zentralbank, Gold in großen Mengen zu veräußern, verringert andererseits aber den Zugriff des Westens auf die Bestände

Und tatsächlich zeigt die hektische Leitzinserhöhung von 9,5 auf 20 Prozent, dass die Zentralbank kaum noch Möglichkeiten hat, den Rubelabsturz aufzuhalten. Das Gleiche gilt für die verhängten Kapitalverkehrskontrollen. Keine Kopeke soll mehr das Land verlassen.

Gazprom bleibt verschont, dank Deutschland

Das SWIFT-Embargo gilt zwar für strategisch wichtige Institute wie VEB und PSB, die Infrastrukturprojekte sowie das Militär finanzieren; auch die große Sberbank ist betroffen, ihre Europatöchter stehen vor dem Bankrott, wie die Europäische Zentralbank warnt.

Dagegen ist die Gazprombank, eine Tochterfirma des staatseigenen Energiekonzerns, über die die Öl- und Gasgeschäfte des Landes abgewickelt werden, weiterhin im Swift-System. Auch auf Drängen Deutschlands.

Viele Oligarchen dürften ihre Vermögenswerte versilbert oder ihr Geld rechtzeitig in Sicherheit gebracht haben, auf Offshore-Konten in Steueroasen. Allerdings: Die Schweiz hat sich inzwischen den Sanktionen angeschlossen.

Zudem haben viele Oligarchen in den vergangenen Jahren europäische Pässe erworben, den »Golden Visa«-Regeln sei Dank. Länder wie Malta, Zypern, Monaco, Österreich, Portugal oder Großbritannien importierten auf diese Weise Geldwäsche und Korruption, sahen darüber aber großzügig hinweg. Insbesondere Zypern gilt als Steuerparadies.



-----  
FAZ:

[Sberbank: Sanktionen gegen Russland könnten deutsche Sparer treffen \(faz.net\)](#)

Aufgrund der „Auswirkungen der geopolitischen Spannungen auf ihren Ruf“ habe die mehrheitlich vom russischen Staat kontrollierte Sberbank „erhebliche Einlagenabflüsse hinnehmen“ müssen, teilte die EZB mit. Sie ist der Ansicht, dass „die Bank in naher Zukunft möglicherweise nicht in der Lage sein wird, ihre Schulden oder sonstigen Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu begleichen“. Massenabhebungen hätten zu einer „Verschlechterung der Liquidität“ der Bank geführt und „es gibt keine verfügbaren Mittel“, die eine „realistische Chance“ auf eine Wiederherstellung der Liquidität böten.

Betroffen sind demnach die in Österreich ansässige Sberbank Europe AG sowie ihre Tochtergesellschaften in Kroatien und Slowenien. Die Sberbank Europe AG hat auch eine Niederlassung in Deutschland. Sie ist vollständig im Besitz der russischen Muttergesellschaft, deren Mehrheitsaktionär die russische Regierung ist. Der EZB zufolge hatte die europäische Tochter zum Jahresende 2021 eine Bilanzsumme von 13,6 Milliarden Euro. Einlagen bis 100.000 Euro abgesichert

Die Bank erklärte in einer Mitteilung am Montag, sie wolle ihre Kunden schützen und die kritischen Funktionen der Bank aufrecht erhalten. „Wir unternehmen alle Anstrengungen und unterstützen die Behörden uneingeschränkt, damit diese ihre Befugnisse einsetzen können, um diese beispiellose Situation im Sinne der Kunden zu meistern“, sagt Sonja Sarközi, CEO der Sberbank Europe.

Die Sberbank Direct, ein Ableger der Sberbank Europe sammelte auch in Deutschland Geld bei Privatanlegern ein, und lockte die Kunden zuletzt mit Zinszahlungen von bis zu 1,5 Prozent. Da die Europatochter ihr Hauptquartier in Wien hat, fällt sie unter die österreichische Einlagensicherung. In der Europäischen Union sind grundsätzlich alle Einlagen bis 100.000 Euro pro Kunde und Bank geschützt.

-----  
Stuttgarter Zeitung:

Die Abkehr von Russland kommt in Gang

Es ist drei Jahre her, als die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen noch in Ordnung schienen: Am 3. April 2019 weihte Mercedes-Benz im Pkw-Werk Moscovia, 40 Kilometer von Moskau entfernt, seine neue Produktion ein. Mit dabei: der damalige Daimler-Chef Dieter Zetsche, Wirtschaftsminister Peter Altmaier - und Präsident Wladimir Putin, der feierlich ein Auto signierte. Gut 250 Millionen Euro hatten die Stuttgarter in den Standort mit rund tausend Mitarbeitern und einer Jahreskapazität von 25 000 Fahrzeugen investiert. Nun setzt Putin das Werk aufs Spiel. Nach seiner Invasion in der Ukraine scheint alles möglich. Noch gibt sich die Mercedes-Benz Group vielsagend: „Im Lichte der aktuellen Ereignisse gilt es, die geschäftlichen Aktivitäten neu zu bewerten“, sagte eine Sprecherin unserer Zeitung. „Genau das tun wir jetzt - in enger Abstimmung mit den deutschen

Behörden.“ Über die Ergebnisse werde man schnellstmöglich informieren. Derzeit würden die Werke weiterlaufen. „Wir bewerten die Lage ständig neu.“ Es sei aber „zu früh, um das volle Ausmaß dieser Eskalation für unser Geschäft genau zu bewerten“.

Was das Gemeinschaftsunternehmen mit dem russischen Lastwagenhersteller Kamaz angeht, ist man schon einen Schritt weiter. „In Anbetracht der Ereignisse der letzten Tage haben wir uns entschlossen, mit sofortiger Wirkung unsere geschäftlichen Aktivitäten in Russland bis auf Weiteres einzustellen“, sagt ein Truck-Sprecher. Diese Entscheidung werde regelmäßig überprüft. Wie es heißt, wird zudem juristisch bei der Mercedes-Benz Group als früherem Truck-Mutterkonzern geprüft, wie man sich von der seit 2012 bestehenden Kooperation und dem 15-prozentigen Anteil an Kamaz schnellstmöglich trennen kann. Klar ist, dass „keinerlei Fahrzeugteile mehr nach Russland auf den Weg gebracht werden“. Zu dem Gemeinschaftsunternehmen gehören zwei Fabriken etwa tausend Kilometer östlich von Moskau in Nabereschnyje Tschelny. Weil der Nutzfahrzeughersteller Kamaz auch für das Militär fertigt, betont Daimler Truck, „dass die Kooperation rein ziviler Natur ist“ - dies sei von Beginn an eine klare Regelung gewesen. „Wir liefern keinerlei militärische Komponententeile.“ Alle Exportvorschriften würden eingehalten. Rund tausend Beschäftigte sind in Russland für das Joint Venture tätig zu fast hundert Prozent Einheimische. Mit dem kleinen Anteil westlicher Bürger sei die Konzernsicherheit in Kontakt, heißt es.

Bosch konzentriert sich zunächst auf das Wohl der Mitarbeiter und hat diverse Hilfsmaßnahmen angestoßen. In Russland fertigt der Konzern mit gut 3400 Beschäftigten Kraftfahrzeugkomponenten, Gebrauchsgüter und Thermotechnik in sieben Werken an drei Standorten. „Wir evaluieren derzeit die Auswirkungen der Sanktionen auf unser Geschäft“, sagt eine Sprecherin. „Klar ist jedoch, dass deutliche Folgen für unsere Aktivitäten in der Region und darüber hinaus zu erwarten sind.“ Man stünde im engen Austausch mit Lieferanten und Kunden. Bosch hat 2021 einen Umsatz von 1,2 Milliarden Euro in Russland erzielt.

Auch der Automobilzulieferer ZF hat alle Lieferungen nach Russland eingefroren - etwa die zum Joint Venture ZF Kama. Dort fertigen 450 Mitarbeiter Getriebe „ausschließlich für die zivile Nutzung in Lkw“, wie die Friedrichshafener betonen. Neben einem weiteren Joint Venture mit 150 Mitarbeitern ist ZF noch in Vertrieb und Service dort tätig. Der Wert der russischen Aktivitäten ist für den Konzern relativ gering: Der Umsatz machte 2020 mit rund 360 Millionen Euro etwa ein Prozent des Gesamtumsatzes aus. Wie es generell weitergeht, da hält sich der ZF-Sprecher noch bedeckt.

Für den deutschen Maschinenbau sind Exporte im Wert von mehreren Hundert Millionen Euro von den neuen Lieferverboten tangiert. Dietrich Birk, Geschäftsführer des VDMA Baden-Württemberg, sagt, dass nun die Risiken neu bewertet werden. Gemeint sind vor allem die Geschäfts- und Finanzbeziehungen infolge der Sanktionen. Demnach haben schon Firmen Kapital ihrer russischen Tochterunternehmen zurückgeführt. Auch müssten sich Unternehmen nach dem Aussetzen der Hermes-Bürgschaften anders absichern - etwa indem eine 100-Prozent-Anzahlung der russischen Geschäftspartner vorausgesetzt wird. Mit Hermes-Bürgschaften werden Ausfuhren in Länder abgesichert, in denen ein erhöhtes Risiko für Zahlungsausfall besteht. Weitaus schwerer als bisher ist das Service- und Ersatzteilgeschäft zu organisieren. Zudem kam die geschäftliche Reisetätigkeit zum Erliegen.

„Manche Unternehmen sind mit nennenswerten Auftragsbeständen im Russland-Geschäft unterwegs, deren Wegbrechen zu spürbaren Einbußen führt“, sagt Birk. Dass eine völlige strategische Neubewertung ansteht, so weit will er bislang aber noch nicht gehen. BDI-Präsident Siegfried Russwurm weiß mehr, als einzelne Firmenzentralen offen bekennen wollen: „Viele Verantwortliche haben mir mit Blick auf Russland sehr deutlich gesagt: Mit diesem Regime kann man keine Geschäfte mehr machen“, sagte er im „Handelsblatt“. „Viele Unternehmen überlegen die Konsequenz, sich aus Russland zurückzuziehen, auch ohne Sanktionen.“

-----

Tagesschau.de

[Finanzen, Währung und Banken: Wie hart die neuen Strafen Russland treffen | tagesschau.de](#)

Stand: 28.02.2022 12:54 Uhr

Die neuen Wirtschaftssanktionen des Westens wegen Russlands Krieg gegen die Ukraine zeigen Wirkung. Was bedeutet das für Banken, Konzerne, Investoren - und sind noch schärfere Maßnahmen denkbar? Ein Überblick. Was will der Westen erreichen? Die neue Runde noch härterer Sanktionen westlicher Staaten gegen Russland wegen des Kriegs gegen die Ukraine zielen darauf ab, das Land weitgehend vom internationalen Finanzsystem abzutrennen. Gleichzeitig soll es Moskau erschwert werden, die wirtschaftlichen Folgen durch seine enormen Devisenreserven auszugleichen. Die ökonomischen Kosten des Krieges für Russland sollen massiv steigen, indem die russische Wirtschaft gezielt geschwächt wird.

Worum geht es konkret?

Die EU hat am Wochenende gemeinsam mit den USA, Kanada und Großbritannien weitgehende Sanktionen gegen die russische Zentralbank beschlossen. Geschäfte mit der Notenbank sollen künftig nicht mehr erlaubt sein. Alle Vermögenswerte der Zentralbank in den westlichen Staaten sollen künftig eingefroren sein. Außerdem sollen einige russische Banken vom internationalen Zahlungssystem SWIFT ausgeschlossen werden, was ihnen praktisch sämtliche Geschäfte mit dem westlichen Ausland unmöglich machen würde. Um welche Banken es dabei geht, ist noch unklar.

Warum wird die Zentralbank Ziel der Sanktionen?

Russland verfügt über Devisenreserven von schätzungsweise 630 Milliarden Dollar - zu großen Teilen Einnahmen aus dem Geschäft des Landes mit Gas- und Ölexporten, unter anderem mit dem Abnehmer Deutschland. Allerdings liegt ein erheblicher Teil dieser Reserven im Ausland - unter anderem in den USA, in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich. Mit den Sanktionen soll das Geld dem Zugriff der russischen Zentralbank entzogen werden, damit diese nicht mehr mit dem Verkauf ausländischer Währungen wie Dollar oder Euro die Landeswährung Rubel stützen kann.

Hat es solche Sanktionen schon einmal gegeben?

Sanktionen gegen Zentralbanken und Währungsreserven gehören zu den härtesten wirtschaftlichen Strafmaßnahmen gegen Staaten. Die USA haben in der Vergangenheit ähnliche Schritte unternommen gegen Venezuela, den Iran und Afghanistan. 2018 von der US-Regierung beschlossene Sanktionen hatten den Ausschluss des Irans aus dem Zahlungssystem SWIFT zur Folge. Konsequenz war, dass westliche Handelsbeziehungen mit dem Land und Investitionen im Iran praktisch kaum noch möglich waren. Welche Folgen haben die neuen Sanktionen in Russland? Die massiv eingeschränkten Möglichkeiten der Zentralbank zur Stützung der Landeswährung haben den Rubel nochmals stark fallen lassen. Im Gegenzug stieg der US-Dollar heute zeitweise um fast 42 Prozent auf ein Rekordhoch von 119 Rubel. Bereits in der vergangenen Woche war der Rubel stark gefallen. Sorgen vieler Russen um ihr Ersparnis haben Berichten zufolge bereits zu Schlangen vor Geldautomaten im Land geführt. Gleichzeitig stoppen immer mehr westliche Unternehmen ihre Lieferungen nach Russland oder legen die Geschäftsbeziehungen mit dem Land auf Eis. Auch der Kreml räumt inzwischen ein, dass die Strafmaßnahmen Wirkung zeigen. "Das sind schwere Sanktionen, sie sind problematisch", sagte Dmitri Peskow, Sprecher von Russlands Präsident Wladimir Putin. Russland habe aber "das notwendige Potenzial, um den Schaden durch die Sanktionen zu kompensieren".

Wie reagiert die Zentralbank in Moskau?

In einem ersten Schritt hat die russische Notenbank versucht, mit einer drastischen Anhebung des Leitzinses von bislang 9,5 Prozent auf 20 Prozent gegenzusteuern. Dies soll Kapitalflucht stoppen und Fremdwährungseinlagen in Rubel attraktiver machen. Gleichzeitig beschloss die Moskauer Zentralbank Kapitalverkehrskontrollen. Makler wurden angewiesen, Leerverkäufe auf dem russischen Markt auszusetzen und keine Aufträge ausländischer Investoren zum Verkauf russischer Wertpapiere mehr auszuführen. Der Handel am Aktienmarkt wurde am Morgen ausgesetzt. Kann Russland den Rubel-Verfall stoppen? Experten bezweifeln, dass die russische Notenbank den Abwärtstrend der Landeswährung bremsen kann. "Dies wird kaum gelingen. Der Rubel hat mit den umfassenden Sanktionen aufgehört, eine frei konvertible Währung zu sein", so der Ökonom Friedrich Heinemann vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Auch Wertpapiere in Rubel seien an den internationalen Finanzmärkten "mit dem russischen Überfall auf die Ukraine schlagartig zu Ramsch geworden". Denkbar wäre nun, dass Russlands Zentralbank um Hilfe in China bittet. Dort befinden sich etwa 14 Prozent der ausländischen Devisenreserven des Landes. Allerdings müssten chinesische Banken selbst westliche Sanktionen befürchten, wenn sie in Finanzgeschäfte mit Moskau einwilligen. Auch dass Russland einen Verkauf seiner enormen Goldbestände versucht, wäre möglich. Nach Angaben der Zentralbank verfügt sie im Inland über Bestände von mehr als 2000 Tonnen Gold. Doch ein Verkauf im Ausland dürfte schwierig sein.

Was bedeutet das für russische Banken? Ist der Rubel keine international einsetzbare Währung mehr, könnte dies auch in Russland das Vertrauen ins Finanzsystem massiv erschüttern - mit einer möglichen schweren Bankenkrise im Land als Folge. Gezielte Sanktionen der EU und der USA gegen bestimmte russische Großbanken haben bereits erhebliche Auswirkungen auf deren Auslandstöchter. So teilte die EZB-Bankenaufsicht in der Nacht mit, die in Wien ansässige Sberbank Europe AG und ihre beiden Tochtergesellschaften

Sberbank d.d. in Kroatien und Sberbank banka d.d. in Slowenien seien wahrscheinlich nicht mehr überlebensfähig. Die Bank werde voraussichtlich bald ihre Schulden nicht mehr bedienen können. Die Sberbank ist Russlands größte Bank. Ebenso wie die VTB Bank war sie bislang eng verflochten mit dem westlichen Finanzsystem. Nun werden die Institute von internationalen Finanzgeschäften abgeschnitten.

Wie reagieren ausländische Investoren? Der Krieg gegen die Ukraine und die internationale Isolation Russlands auch auf dem Finanzmarkt hat bereits mehrere westliche Großkonzerne und Fondsgesellschaften reagieren lassen. So kündigte der Energiekonzern BP an, seinen 20-Prozent-Anteil an der staatlichen russischen Ölgesellschaft Rosneft abzugeben. Norwegens Staatsfonds - einer der größten Pensionsfonds der Welt - kündigte an, sämtliche Investitionen in russische Vermögenswerte einzufrieren und sich aus Geschäften mit dem Land zurückzuziehen.

Wären noch härtere Wirtschaftssanktionen gegen Russland möglich? Auch nach der jüngsten Verschärfung der Sanktionen hat der Westen noch nicht alle denkbaren Möglichkeiten ausgeschöpft, um Russland ökonomisch zu treffen. Besonders empfindlich treffen würde das Land beispielsweise ein Gas-Embargo - ein Stopp der Erdgas- oder auch Ölimporte in die Europäische Union. Allein Deutschland bezieht rund 55 Prozent seines Erdgases aus Russland. Auch sollen offenbar gezielt diejenigen russischen Banken von einem Ausschluss aus dem Zahlungssystem SWIFT verschont bleiben, über die Energie-Geschäfte abgewickelt werden. Mehrere EU-Staaten befürchten, dass Russland andernfalls seine Gaslieferungen komplett einstellt.

-----  
FAZ:

[Sanktionen gegen Russland: Putin wird in China weiter Geld bekommen \(faz.net\)](#)

...

Chinas Regierung hat am Montag zwar gesagt, Russland sei „kein Alliiertes, sondern ein strategischer Partner“. Gleichzeitig hatte sie jedoch abermals bekräftigt, dass Peking die Sanktionen gegen Moskau nicht mittragen wird. „China und Russland werden ihre normalen Handelsbeziehungen im Geiste von gegenseitigem Respekt, Gleichheit und gegenseitigem Nutzen fortsetzen“, sagte ein Sprecher des Pekinger Außenministeriums.

Zwar haben die staatlichen chinesischen Geschäftsbanken laut der Nachrichtenagentur Bloomberg die Vergabe von Krediten für den Import russischer Rohstoffe gestoppt, nachdem die USA Sanktionen verhängt hatten. Allerdings haben Pekings Geschäftsbanken wie die Industrial & Commercial Bank of China (ICBC) und die Bank of China (BoC) bereits zuvor Geschäfte mit anderen Ländern eingestellt, um keine amerikanischen Sanktionen zu verletzen und damit Gefahr zu laufen, vom Banken-Zahlungsnetzwerk SWIFT abgeschnitten zu werden.

Auf die Frage, ob chinesische Unternehmen wie Huawei und Xiaomi weiterhin Hochtechnologie an Russland liefern würden, entgegnete Peking am Montag, dass es Sanktionen ablehne. Wolle der Westen verhindern, dass die Volksrepublik einen Rettungsschirm für Russland aufspanne, müsse Amerika Sekundärsanktionen gegen China erlassen, sagte Ökonomin Garcia-Herrero. Diese „secondary actions“, die es nur im

amerikanischen Recht gibt, bestrafen nicht-amerikanische Unternehmen oder Länder dafür, mit dem Ziel von Primärsanktionen – in diesem Fall Russland – Geschäfte zu machen....

-----  
ZDF:

[Ukraine-Krieg: Alle Sanktionen gegen Russland im Überblick - ZDFheute](#)

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine haben westliche Staaten zahlreiche Sanktionen verhängt. Immer wieder kommen neue hinzu, jüngst auch eine der schärfsten Strafen, ein Ausschluss bestimmter Banken aus dem Finanz-Kommunikationssystem Swift.

Ein Überblick über den Stand der Dinge:

Finanzinstitute

Die westlichen Verbündeten haben einen Ausschluss von russischen Banken aus dem internationalen Finanz-Kommunikationssystem Swift beschlossen, um diese von den internationalen Finanzströmen abzuklemmen.

Sanktionen gegen die russische Zentralbank sollen verhindern, dass ihre Milliardenreserven zur Stützung des Rubel-Wechselkurses genutzt werden. EU-Angaben zufolge werden mehr als die Hälfte ihrer Reserven geblockt. Zudem dürfen mit etlichen Geschäftsbanken keine Geschäfte mehr gemacht werden, und ihre Vermögen werden eingefroren.

Energiesektor

Die EU verbietet den Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder die Ausfuhr bestimmter Güter und Technologien für die Ölveredelung.

Auch Dienstleistungen in diesem Bereich werden eingeschränkt. Erklärtes Ziel ist es, Russland Möglichkeiten zur notwendigen Modernisierung seiner Ölraffinerien zu nehmen.

Verkehrssektor

Die EU hat ein Ausfuhrverbot für Güter, Technologien und Dienstleistungen für die Luft- und Raumfahrtindustrie erlassen.

"Dieses Verbot des Verkaufs aller Flugzeuge, Ersatzteile und Ausrüstungen an russische Luftfahrtunternehmen wird einen der Schlüsselsektoren der russischen Wirtschaft und die Konnektivität des Landes beeinträchtigen", heißt es.

Geschichte der Ukraine

Drei Viertel der derzeitigen russischen Verkehrsflugzeugflotte seien in der EU, den USA und Kanada gebaut worden. Die EU-Länder haben entschieden, ihren Luftraum für alle russischen Flieger zu sperren. Russlands staatliche Airline Aeroflot und russische Privatflugzeuge dürfen auch in Großbritannien nicht landen.

Russischen Schiffen droht auch Einlaufverbot in Häfen in der EU, ein Beschluss hierzu steht jedoch noch aus.

Hamburg hält enge Wirtschaftsbeziehungen zu Russland und befürchtet starke Auswirkungen von Sanktionen auf den Handel. Bestimmte Güter und Technologien dürfen

nicht mehr ohne weiteres aus der EU und anderen westlichen Ländern nach Russland gebracht werden.

Dazu zählen unter anderem Mikroprozessoren oder Ausrüstung, die für die Produktion von Mikrochips benötigt werden. Auch die USA verbieten den Export von Hightech-Produkten nach Russland.

Die russischen Staatsmedien RT und Sputnik werden in der EU verboten, um die "giftige und schädliche Desinformationen in Europa" zu untersagen, wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erläuterte.

Politiker, Geschäftsleute, Oligarchen

Oligarchen müssen damit rechnen, dass in Kürze sämtliche in der EU vorhandenen Vermögenswerte eingefroren werden. Zudem wird insbesondere wohlhabenden Russen die Möglichkeit genommen, sich und ihren Familienangehörigen eine europäische Staatsbürgerschaft zu verschaffen.

Sanktionen gegen Präsident Wladimir Putin, Außenminister Sergej Lawrow und Innenminister Wladimir Kolokolzew persönlich haben eher symbolischen Charakter. Kritik gab es daran, dass im nicht mehr der EU angehörenden Großbritannien in der vergangenen Woche nur gegen acht russische Superreiche und Putin-Vertraute Sanktionen verhängt wurden. Die britische Außenministerin Liz Truss kündigte am Sonntag jedoch an, es gebe bereits eine "schwarze Liste", die man abarbeiten werde.

-----

BDI-Präsident Siegfried Russwurm und Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall:

- „Der Angriffskrieg von Wladimir Putin gegen die Demokratie in der Ukraine erzeugt unfassbares menschliches Leid für die ukrainische Bevölkerung. Dieser Krieg ist ein beispielloser Angriff auf die europäische Friedensordnung, die auf Freiheit, Menschenrechten, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit basiert. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine. Die Zivilbevölkerung muss jetzt die humanitäre Unterstützung bekommen, die sie braucht.
- Dieser eklatante Bruch des Völkerrechts, die Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowie der ungeheuerliche Akt der Aggression gegen die Zivilbevölkerung erfordern eine unmissverständliche Antwort in Form umfassender Sanktionen gegen die Verantwortlichen dieser Aggression. Wir fordern die russische Regierung auf, alle Angriffe einzustellen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren.
- Die Spitzenvertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Industriegewerkschaft Metall, die auch Mitbegründer des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ sind, unterstützen mit Nachdruck die von der Bundesregierung, der Europäischen Union und den westlichen Bündnispartnern verhängten Sanktionsmaßnahmen gegen Russland. Diese Sanktionen können auch zu Nachteilen

für Deutschland, seine Unternehmen und Beschäftigten führen, die wir gemeinsam mit der Politik so weit wie möglich abfedern müssen. Wir sind davon überzeugt, dass nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg nur auf der Grundlage von Frieden, Freiheit und Demokratie erreichbar ist, und sind bereit, unseren Beitrag hierfür zu leisten.“



## 8. Hilfsaktionen

Immer mehr Unternehmen wenden sich mit Hilfsangeboten an den Ost-Ausschuss. Unter anderem werden Arbeits- und Praktikantenplätze für ukrainische Flüchtlinge angeboten, sowohl in Deutschland, als auch in Niederlassungen im östlichen Europa. Einige Unternehmen haben auch Hilfstransporte mit Lebensmitteln auf den Weg gebracht. Wir sammeln alle Hilfsangebote und versuchen zu koordinieren. Dies gilt auch für Spendenaufrufe. Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier: [@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Auf folgenden gemeinsamen Hilfsaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

### **Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!**

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:  
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,  
BIC: BFSWDE33XXX  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00  
Bank für Sozialwirtschaft  
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

## Unterstützung für Journalistinnen und Journalisten:

Als europäisches Journalist\*innennetzwerk stehen wir in engem Kontakt mit unseren Kolleg\*innen in der Ukraine.

Die **Journalist\*innen, die noch vor Ort sind, sind in großer Gefahr**, sowohl als Zivilist\*innen wie auch als Reporter\*innen, die die Welt über den Krieg auf dem Laufenden halten. Sie **benötigen jetzt dringend Schutz- und Notfallausrüstung**. Außerdem benötigen **Exiljournalist\*innen**, die das Land bereits verlassen mussten, jetzt **dringend finanzielle Unterstützung**.

Deshalb haben wir mit Unterstützung unserer Partner FragDenStaat, Netzwerk Recherche, Reporter ohne Grenzen und der taz Panter Stiftung, mit denen wir eng zusammenarbeiten, eine Spendenaktion gestartet.

Bitte unterstützt Journalist\*innen in der Ukraine jetzt durch eine Spende über unsere Spendenaktion!

[Unterstützung für Journalist\\*innen in der Ukraine – Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung e.V. – betterplace.org](https://www.betterplace.org/de/aktionen/unterstuetzung-fuer-journalistinnen-in-der-ukraine-netzwerk-fuer-osteuropa-berichterstattung-e-v)

Ihr könnt uns auch Spenden über PayPal schicken oder direkt auf unser Bankkonto überweisen:

Kontoinhaber: n-ost

IBAN: DE31430609671119100900

BIC: GENODEM1GLS

Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG

Verwendungszweck: "Unterstützung Ukraine"

---

## Deutsch-Russischer Austausch

Liebe Mitglieder,  
liebe Freundinnen und Freundes des DRA,

nach den erschütternden Nachrichten der letzten Tage haben auch wir als DRA einen Spendenaufruf für die vom Krieg Betroffenen in und aus der Ukraine gestartet, den wir hier teilen (s. Anhang).

Die Spenden, die wir sammeln, geht an soziale und medizinische Soforthilfe in der Ukraine, aber auch an geflüchtete Menschen aus den Kriegsgebieten und deren Unterstützung. Wir bleiben fortlaufend mit unseren ukrainischen Partnern in Kontakt, um Bedarfe zu verstehen und die Hilfen zielgerichtet auf den Weg zu bringen sowie ggf. auch zu aktualisieren.

Spenden können auf das **Vereinskonto** des DRA überwiesen werden:

IBAN: DE83 1002 0500 0003 3181 00

BIC: BFSWDE33BER

Stichwort: **Ukrainehilfe**

Bei Spendeneingängen erstellen wir oberhalb von 200 EUR oder auf Anfrage eine Spendenbescheinigung. Über die genaue Verwendung der Spendengelder werden wir informieren. Weitere Infos siehe auch <https://www.facebook.com/draberlin>

### **Wie können Sie/könnt Ihr noch helfen?**

Bitte leiten Sie/leitet unseren Spendenaufruf gern an Freund:innen und Bekannte weiter.

Bitte schreiben Sie/schreibt an [info@austausch.org](mailto:info@austausch.org), wenn

- Sie/Ihr Menschen aus der Ukraine vorübergehend aufnehmen bzw. anderweitig **Unterkünfte** bereitstellen können/könnt (bitte angeben, über welchen möglichen Zeitraum wie viele Menschen wo unterkommen könnten),

- Sie/Ihr ein Auto haben/habt und bereit wären/wäret, aus Polen oder der Slowakei einzelne flüchtende Personen nach Deutschland zu bringen (bitte angeben: zeitliche Verfügbarkeit und Zahl der Personen, die transportiert werden können).

**Vielen Dank an dieser Stelle auch all diejenigen, die sich bereits bei uns gemeldet und ihre Hilfe und/oder eine Unterkunft für Flüchtende aus der Ukraine angeboten haben!**

Mit herzlichem Dank und besten Grüßen,

Das Team des DRA

-----

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Die **Deutsche Bank** bietet Unternehmen ihre Unterstützung an und hat eine Informationsseite zu Osteuropa erstellt. Dazu heißt es von Seiten der Deutschen Bank: Wir unterstützen die Entscheidungen der Bundesregierung und ihrer Bündnispartner und werden die Sanktionen konsequent umsetzen. Unser Mitgefühl ist mit den Menschen in der Ukraine.

[Lage in Osteuropa: Wichtige Informationen für Unternehmen – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](https://www.deutschebank.de)

**Andreas Metz**

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

**German Eastern Business Association**

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

